

Der Fall K

Autor(en): **W.W.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Wechselwirkung : Technik Naturwissenschaft Gesellschaft**

Band (Jahr): **3 (1981)**

Heft 10

PDF erstellt am: **11.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-653203>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Der Fall K

Anfang Juli ging der *Wechselwirkung* und der *Tageszeitung* ein Manuskript recht brisanten Inhalts zu. Ein Atomstaatszenario für das Jahr 2030 wird darin ausgebreitet, die notwendigen Sicherungs- und Überwachungsmaßnahmen vor möglichen Sabotageakten, Diebstahl von Brennelementen, Überfällen und dergleichen mehr dargestellt – kurz eine Atomstaatsversion konsequent durchdacht, die das Jungksche Modell dagegen harmlos erscheinen läßt. Ein Absprache mit der TAZ über eine gleichzeitige Veröffentlichung kam leider nicht zustande, eigentlich sollte auf diesen Seiten der Fall „K“ – der größte anzunehmende Mißbrauch von spaltbarem Material – dokumentiert werden. Die *Tageszeitung* hat dies nun ausführlich in ihrer Ausgabe vom 10.7.1981 getan, und bis der Leser die *Wechselwirkung* in der Hand hält, haben sich vielleicht noch weitere angeschlossen. Dennoch bleiben die Vorgeschichte dieser Studie und die Diskussion um den Abdruck der nicht autorisierten Version in der TAZ (ca. 20% vom Originaltext) weiterhin interessant.

Die einen sagen Atomstaat, die anderen nennen es wissenschaftlich neutral „Die Sozialverträglichkeit verschiedener Energiesysteme in der Industriegesellschaft“ – so nämlich der Titel eines mehrjährig angelegten Forschungsprojektes, gefördert vom Bundesministerium für Forschung und Technologie (BMFT). Der Essener Physiker Klaus Meyer-Abich, Mitglied der Enquête-Kommission der Bundesregierung zu Energiefragen, ist der Leiter. Ein Mitarbeiter des Projekts, Alexander Roßnagel, erhielt dabei die Aufgabe, die „notwendige Sicherung gegen den Mißbrauch spaltbaren Materials“ zu untersuchen.

Soweit, sogut; schließlich hat das BMFT schon verschiedentlich an den sozialen und politischen Auswirkungen der Atomenergie Interesse gezeigt. Doch das Problem einer Veröffentlichung dieser Studien stellt sich immer wieder von neuem, und es wird wohl praktisch von der Brisanz der gemachten Aussagen entschieden. Die TAZ, die WW und einige andere erhielten über die verschlungenen Pfade der Indiskretion den 75 Seiten starken Zwischenbericht Roßnagels, und die TAZ konnte ihrer „Sensationsgier“ (so Roßnagel in einem Brief an die TAZ) nicht widerstehen und läßt den Knüller aus dem fiktiven Atomstaat in ihre eher bescheidene Öffentlichkeit.

Gründe dafür gibt es genug. Der Autor hat zum ersten gut gearbeitet. Er hat die wichtigen Argumente von Atomkraftgegnern bezüglich der sozialen Sicherheit verarbeitet, aber auch den Bericht der Ford-Stiftung oder einschlägiges Material der Reaktor-Lobby (das den Atomkraftgegnern zum größten Teil unbekannt sein dürfte). Er darf frei von rechtsstaatlichen oder organisatorischen Skrupeln zu jedem denkbaren „Mißbrauch“ radioaktiven Materials, insbesondere Plutonium, eine Gegenmaßnahme vorschlagen. Seine Ergebnisse bleiben dennoch für die Konstrukteure der atomaren Gesellschaft fatal, denn diese wird in hohem Maße sabotierbar, erpreßbar und demzufolge repressiv sein müssen! Beim Lesen lief es mir gelegentlich kalt über den Rücken, da es mit ein bißchen Phantasie offenbar sehr einfach ist, den Atomstaat gründlich durcheinanderzuwürfeln.

Es sieht also so aus, als hätte das BMFT seinen eigenen Totengräber finanziert. Man mag über die politischen Hintergründe, die solche Studien als förderungswürdig anerkennen, getrost spekulieren, sie können die Auftraggeber, letztlich also die Bundesregierung, nicht aus dem nun entstandenen Dilemma

befreien. Insofern war der Abdruck zu einem relativ frühen Zeitpunkt gerechtfertigt, also bevor das BMFT seinen Rotstift ansetzen, d.h. mit den ihm eigenen Machtmitteln das brisante Papier in abgeschwächter Form an die Öffentlichkeit lassen würde.

Der Autor war jedoch gegen eine vorzeitige Veröffentlichung, aus Gründen der wissenschaftlichen Vollständigkeit. Er habe noch Experteninterviews in den Kernforschungszentren Jülich und Karlsruhe durchführen wollen, um mögliche Einwände gegen seine Aussagen vor der eigentlichen Veröffentlichung zu berücksichtigen, und so weist er folgerichtig auf „die Vorläufigkeit dieser abgedruckten Passagen“ hin. Hinzu kommt, daß durch den Vorabdruck „mögliche Schwierigkeiten für ihn und das Projekt“ entstehen könnten (vgl. TAZ vom 15.7.81). Unerwartete Schützenhilfe erfuhr er von Otto Ullrich, der unseren Lesern wohl nicht vorzustellen ist. Dieser rief in der WW-Redaktion an und bat uns, vorsichtig auf eine Nicht-Veröffentlichung des Berichtes hinzuwirken. Ein Vertrauensbruch unter Kollegen beim Umgang mit solchen Papieren sei die Folge. In Essen vermutete man nämlich, der Bericht habe über das Traube-Projekt an der TU, an dem auch Ullrich mitarbeitet, den Kreislauf der kritischen Wissenschaft verlassen.

Was tun? Roßnagel wirft der TAZ vor, sie allein wolle die politische Relevanz des Berichtes feststellen, um dann unabhängig von den Autoren über die Veröffentlichung zu entscheiden. Hier trifft zu, daß die TAZ und die WW schon vor seiner Intervention dies ins Auge gefaßt hatten; dennoch darf nicht übersehen werden, daß ab einem bestimmten Punkt die besonderen Interessen eines Autors gegenüber einem in intensiven Diskussionen gefundenen politischen Interesse zurückstehen sollten. Das Argument der Vorläufigkeit und Isoliertheit seiner Ausführungen ist unseres Erachtens vorgeschoben.

Alle, mit denen wir darüber sprachen, hielten diesen Bericht für die gründlichste Untersuchung zum Thema Atomstaat. Es bleibt festzuhalten, daß das Projekt aus seiner Sicht die organisatorischen und juristischen Normen des Auftraggebers z.B. in Hinblick auf das Abtreten jeglicher Veröffentlichungsrechte an das Ministerium, wie es bei solchen Forschungsvorhaben üblich ist, verinnerlicht hat. Dieses Problem mag bei staatlichen Aufträgen immer entstehen.

Dem Vorwurf des Vertrauensbruchs können wir auch nicht zustimmen. Wer mit einer solchen Qualität Thesen von solcher Brisanz zu Papier bringt, ist gegen eine Veröffentlichung nur gefeit, wenn er Papier und Gedanken daheim im Kämmerchen aufbewahrt.

Und das BMFT selbst? Bis Redaktionsschluß ließ es sich auch auf Nachfrage nicht zu einem Kommentar hinreißen. Die Möglichkeit des Dementis ist durch das Bekenntnis des Autors bereits zerstört, also mimt man auf nichtwissend. Die Zwickmühle ist in der Tat prekär: eine völlige Distanzierung vom Autor ist peinlich, da das politische Raster, das der Projektvergabe vorausgeht, dann gänzlich versagt hätte. Eine Kritik des Berichtes wäre eher angebracht, sie dürfte aber sowohl den Bürokraten aus Bonn als auch den Technokraten aus Jülich oder Karlsruhe schwerfallen, verstehen sie doch von einer derart brisanten Thematik wie dem Atomstaat immer nur ein winziges Eckchen. Roßnagel dagegen hat sich zwar in technologische Details eingearbeitet, gleichzeitig aber ein Gespür für die Widersprüche entwickelt, die die Plutonium-Gesellschaft auf einer etwas komplexeren Ebene entwickeln wird. Er macht nämlich klar, daß die Sicherungskräfte der von vielerlei Seiten hoch begehrten Ware, des Plutonium, in ein Zwielfelt geraten werden, das bereits aus einer ganz anderen Ecke genügend bekannt ist: es sind die Dealer und Drogenabhängigen in den Rauschgiftdezernaten, bis hoch zum Boß!